

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf.

Inserationspreis 15 Pf. pro viergespaltene Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pf. Zeilenänder und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Druckerei Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat in Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharand.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burghardtswalde, Croitzsch, Grundach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Perzognowas: mit Sanderberg, Pörsdorf, Raufbach, Ruffelsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Sogen, Mohorn, Müllers-Rothsch, Pünzig, Reufsch, Reutanneberg, Niederwartha, Oberwartha, Pörsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmitzwalde, Sora, Steinbach bei Ruffelsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligsdorf, Spechtshausen, Taubersheim, Unterdorf, Weistropf, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunke, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schunke, für den übrigen Teil: Johannes Krzyg, beide in Wilsdruff.

No. 42.

Sonnabend, den 17. April 1909.

68. Jahrg.

Dienstag, den 20. April 1909, vorm. 10 Uhr sollen im Pfandraume des Königl. Amtsgerichts hiersebst 1800 Stück Schnallen, Sandhaken, Ringe, Trennringe, Bitragen, Semmeltröge, Laten, 1 Notentisch, Bilder, Bilderrahmen meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Wilsdruff, den 14. April 1909.

Vom 19. bis 30. April dieses Jahres sollen die Schornsteine im hiesigen Stadtbezirk gereinigt werden. Wilsdruff, am 15. April 1909.

Q 169/09

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Der Stadtrat. Kahlenberger.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 16. April.

Deutsches Reich.

Die Mittelmeerreise des Kaiserpaars.

Der Kaiser und die Kaiserin, welche gegenwärtig in Venedig weilen, machten im Laufe des Tages eine Reihe von Besuchen. U. a. besuchten sie den Erzherzog Karl Stephan, der auf seiner Jagd eingetroffen ist. Zur Abendtafel auf der „Hohenzollern“ waren Fürst Bülow und Graf von Monts geladen. Die Majestäten sind von ihrem Aufenthalt in Venedig sehr befriedigt. Die Bevölkerung bereitet den hohen Gästen überall herzlichen Empfang. Im Laufe des gestrigen Nachmittags nahm der Kaiser den Vortrag des Reichsfinanzlers Fürst Bülow entgegen, der sowohl zur Mittags-, wie zur Abendtafel auf der „Hohenzollern“ eingeladen war.

Erfazsteuer für die Reichsfinanzreform.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ will wieder einmal in der Lage sein, von weiteren Erfazsteuern, die die verbündeten Regierungen planen, berichten zu können. Sie schreibt: „Die verbündeten Regierungen fürchten, daß die indirekten Steuern, wie sie schließlich vom Reichstage angenommen werden dürften, nicht den Ertrag liefern werden, den man davon erwartet, insbesondere da man damit rechnet, daß die Ablehnung der Gas- und Elektrizitätssteuer einseitig und die Anzeigensteuer andererseits endgültig sein werde. Man hat sich deshalb entschlossen, folgende Erfazsteuern wenigstens ins Auge zu fassen und vorzubereiten: 1. eine erhebliche Erhöhung des Kaffeezollens, 2. eine Steuer auf alkoholfreie Getränke, insbesondere solche, welche als Luxusgetränke gelten können, und 3. eine Zündholzsteuer, die als Vorläuferin des Zündholzmonopols gedacht ist. Sollten diese Steuern noch nicht ausreichen, so würde vermutlich eine Kohlenförderungssteuer in Betracht kommen. Der Widerstand gegen diese Steuer, der zuerst sehr stark war, ist weit geringer geworden. Wir unsererseits haben gegen diese Erfazsteuern nichts einzuwenden.“ Ob die Vorausrechnung der „Deutschen Tageszeitung“ diesmal begründet ist? Sie hat schon des öfteren getäuscht, auch in der Frage der Reichsfinanzreform.

Die Massendemonstration des Mittelstandes zur Reichsfinanzreform.

Zu einer Protestversammlung gegen die Verschleppung der Reichsfinanzreform und die „ungerechte Verteilung der Steuerlasten“ hatte die Deutsche Mittelstandsvereinigung, die Sächsische Mittelstandsvereinigung im Verein mit anderen beruflichen Organisationen des Handwerks den deutschen Mittelstand im ganzen Reich aufgerufen. Alle kaufmännischen und gewerblichen Vereinigungen des deutschen Mittelstandes in den verschiedenen Städten des Reiches hatten besondere Vertreter entsandt, und auf der Rednerliste der zwei Versammlungen, die in den beiden größten Berliner Sälen abgehalten wurden, standen eine Reihe bekannter Namen, an ihrer Spitze der frühere Staatsminister von Verlepsch, der bekannte Begründer der Deutschen Gesellschaft für Soziale Reform, der in der letzten Zeit wegen seiner „Untersuchungen“ über die angebliche agrarische Steuerhinterziehung vielgenannte Professor Delbrück, Obermeister Landtagsabgeordneter Richard, Professor Wendtner-Breslau und Amtshauptmann von Rottig-Pirna. In der Debatte sprach u. a. auch der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Dietrich Hahn. In den beiden Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die von der Deutschen Mittelstandsvereinigung und der Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen in Verbindung mit zahlreichen wirtschaftlichen Organisationen

Deutschlands zu einem allgemeinen Deutschen Mittelstandstage einberufenen Vertreter mittelständischer Berufsvereine, wirtschaftlicher Verbände und Innungen, die am 13. April 1909 in Berlin versammelt sind, erblicken in der Verschleppung der Reichsfinanzreform eine Herabsetzung unseres Ansehens im Auslande und eine schwere Schädigung unseres wirtschaftlichen Lebens, das unter der Unsicherheit über die zu erwartenden Steuern empfindlich zu leiden hat. Die Versammelten erheben Einspruch gegen den Versuch einer ungerichteten Verteilung der Steuerlast und verlangen neben Verbrauchssteuern, die vornehmlich die breite Masse treffen, unbedingt Steuern, die den Besitz heranziehen. Sie bitten, diese Besitzsteuer unter keinen Umständen auf die Bundesstaaten abzuwälzen, deren Finanzen dadurch zerrütet würden. In einer stark progressiven Erbschaftsteuer erkennen die Versammelten, in der Voraussetzung, daß kleinere Erbschaften steuerfrei bleiben, ferner, daß die Erleichterung der Steuerzahlung durch Renteneinträge, die für den ländlichen Grundbesitz in Aussicht genommen ist, auch für den städtischen Grundbesitz vorgesehen wird, endlich, daß Edeltaten und Kinder mildernd behandelt werden als entfernte Verwandte und Fremde, die geeignete Form der Besteuerung des Besitzes durch das Reich. Die Versammlung setzt voraus, daß jene Steuerprojekte, die das Gewerbe bedrohen, die Vorlagen für eine Anzeigen-, Gas- und Elektrizitätssteuer, von den verbündeten Regierungen endgültig aufzugeben sind. Der allgemeine deutsche Mittelstand bittet Bundesrat und Reichstag, auf der hier gezeichneten Grundlage das gesetzgeberische Werk zur Sanierung der Finanzen des Reiches zu einer raschen Vollendung zu bringen.“

Ein aus der Versammlung heraus beantragter Zusatzantrag, der dem lebhaften Bedauern des Mittelstandes darüber Ausdruck geben sollte, daß die verbündeten Regierungen ihr Augenmerk nicht auf eine Erhöhung der Börsenumsatzsteuer, auf die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer, eine Mähdarstellungssteuer und eine Dividendensteuer gerichtet haben, fand keine Mehrheit. Offenlich hat man daraus nicht den Schluss zu ziehen, daß gewisse, die Börse, das Großkapital und den mühseligen Gewinnaufbau begünstigende Parteien bereits Einfluß auf die deutsche Mittelstandsbewegung gewonnen haben.

Kronprinz Alexander von Serbien in Bonn.

Wie eine Berliner Korrespondenz von serbischer Seite erfährt, wurde vor einigen Tagen vom Hofmarschallamt in Belgrad in Bonn bei privaten Kreisen angefragt, ob für den Kronprinzen Alexander von Serbien, der zum Beginn des neuen Sommersemesters in Bonn zu studieren beabsichtigt, eine geeignete Wohnung vorhanden wäre. Der Kronprinz will in Bonn nur als Privatperson leben und wird demgemäß nur ein ganz geringes Gefolge haben, das, die Dienerschaft einbegriffen, nur vier Personen umfassen soll. Der Kronprinz wird in erster Reihe Staatswissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Geschichte studieren. Späterhin werden die Unterweisungen, die er auf der Universität genießen wird, sich auch auf Kunstvorträge und auf Kollegs über die Weltliteratur beziehen. Besonders Gewicht wird bei den Studien auf die Kenntnis der Verwaltungsfragen gelegt werden. Sobald das Studium in Bonn beendet ist, soll der Kronprinz noch eine Schweizer oder eine französische Universität beziehen, um auch hier dieselbe Materie wie in Bonn kennen zu lernen. Das Ende des Studiums wird im Jahre 1911 erfolgen. Der „Kronprinz“ Georg wird dagegen in England studieren und sich dort nur verhältnismäßig kurze Zeit aufhalten.

Ausland.

Peter Kosegger als Politiker.

An Stelle des verstorbenen Ferdinand von Saar soll Peter Kosegger als Vertreter der Literatur in das österreichische Herrenhaus berufen werden. — Bravo!

Kündigung

des englisch-japanischen Bündnisses?

Auf dem Wege über die österreichische Hauptstadt wird die Nachricht verbreitet, Japan wolle sein Bündnis mit England kündigen, da es sich durch die Annäherung an Rußland und Nordamerika benachteiligt fühle. So überraschend ein solcher Entschluß der Regierung in Tokio wirken würde, so könnte man ihm andererseits doch nicht eine innere Begründung absprechen. Denn fällt die endgültige Rückendeckung Japans durch England gegen Rußland und die Vereinigten Staaten fort, so ist das Bündnis mit England in der Tat für Japan mehr ein Nachteil und ein Hemmungsmittel als eine Verstärkung seiner Sicherheit und seines Einflusses im Konzert der Mächte. Sehr zweifelhaft indessen erscheint, ob die englische Politik die Dinge bis zu einer Kündigung des Bündnisses reifen zu lassen und damit eine völlige Neuorientierung vorzunehmen gewillt ist. Man wird daher guttun, diese ganze Angelegenheit mit der größten Vorsicht zu verfolgen und genaue Nachrichten über die Absichten und Entschlüsse des Mikado abzuwarten.

Als Grund für die Umkehr der japanischen Politik wird, wie gesagt, der heftige wirtschaftliche Konkurrenzkampf zwischen England und Japan in China angegeben, andererseits die Verstimmungen und das Mißtrauen, das in Japan durch die Orientierung zwischen England und Rußland und durch die Verluste Englands, eine Annäherung mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen, hervorgerufen seien. Japan rechne noch immer mit der Möglichkeit eines russischen Revanchekrieges.

Vom Balkan.

Die Ereignisse in der türkischen Hauptstadt haben sich sehr schnell abgespielt und zu wirklich ernsten Zusammenstößen scheint es nicht gekommen zu sein. Einer Meldung vom Mittwoch mittag zufolge herrscht in Pera, dem Stadtteil am Nordostufer des Goldenen Horns, bereits wieder völlige Ruhe. Es hat sich auch herausgestellt, daß das Gewehr- und Geschützfeuer, welches am Dienstag in der Stadt gehört worden ist, nur von Freundschaften herrührte. Zu wirklichen Straßenkämpfen ist es in Stambul nicht gekommen. Es dürfte den Reutereien ausschließlich darum zu tun gewesen sein, die bestehende Regierung zu stürzen und ein neues Ministerium zu erzwingen. — Die Revolution in Konstantinopel ist vorläufig damit abgeschlossen, daß Tewfik Pascha zum Großwesir ernannt worden ist. Das jungtürkische Komitee hat eine enttäuschte Niederlage erlitten. — Die Zahl der Opfer der letzten Tage scheint größer zu sein, als anfangs angenommen wurde. Man schätzt jetzt die Zahl der Toten und Verwundeten auf mehr als 100. Die Disziplin der Armee ist natürlich durch die letzten Ereignisse sehr schwer erschüttert. Zahlreiche Offiziere wurden mißhandelt, verwundet oder ermordet, viele sind noch gefangen oder halten sich versteckt. Einzelne Fälle von Mißhandlungen oder Racheakten gegen Offiziere sind auch in Konstantinopel zu konstatieren. Ueber die Haltung des Adrianopeler und Salonitler Korps liegen vorläufig noch keine Nachrichten vor, was in Konstantinopel Besorgnis erregt.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Lokalkreis für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 19. April.

— Der Evangelische Bund und die Lösung der Reichsfinanzreformfrage. Der Gesamtvorstand des Evangelischen Bundes, der am Mittwoch in Halle eine Sitzung abhielt, beschloß einmütig, einen Appell an den Reichstag zu richten, die trennenden materiellen, Standes- und sonstigen Interessen hinsichtlich der Finanzreform in vaterländischen Pflichten erfüllungen beiseite zu